Landkreistag
BADEN-WÜRTTEMBERG

75 JAHRE

MURRHARDTER LANDRÄTEKONFERENZ 20. JUNI 1945





Schriftenreihe des
Landkreistags Baden-Württemberg
Band 38

© Landkreistag Baden Württemberg · Juni 2020

GELEITWORT

Die aktuelle Corona-Pandemie ist eine Herausforderung von historischem Ausmaß. Dass Deutschland die Krise bislang gut gemeistert hat, bestätigen auch ausländische Beobachter. Für den Erfolg des deutschen Krisenmanagements gibt es etliche Gründe. Mit ausschlaggebend war zweifellos, dass der Staat als Ganzes funktioniert hat und weiter funktioniert.

Dabei waren gerade zu Beginn der Krise durchaus auch kritische Stimmen zu hören. Unser föderales Staatswesen mitsamt seiner dritten Säule, den Kommunen, sei nicht krisenfest, lautete der Vorwurf. Von Kleinstaaterei, von Flickenteppich sowie von Duodezfürsten in Landes- und Kreishauptstädten war die Rede. Jedoch hat sich rasch gezeigt, dass – auch bei einem weltweiten Pandemiegeschehen – regional und vor Ort am schnellsten auf eine konkrete Lage reagiert werden kann. Eine große Stärke des Föderalismus ist dabei nicht zuletzt seine Fehlerfreundlichkeit: Es ist möglich, auf unterer Ebene unterschiedliche Maßnahmen zu erproben und dadurch insgesamt als lernendes System zu funktionieren.

Nun ist unser dreigliedriges Staatswesen, das sich in der aktuellen Krise einmal mehr bewährt hat und weiter bewährt, historisch gewachsen – und zwar von unten nach oben. Nach der Menschheitskatastrophe des Zweiten Weltkriegs waren die Landkreise, Städte und Gemeinden die einzige noch halbwegs funktionierende staatliche Ebene. Sie haben nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern, die Unterbringung von Flüchtlingen und vieles andere mehr organisiert. Von ihnen ging überdies auch der politische Neuanfang aus. Eine besonders wichtige Wegmarke stellt dabei die Murrhardter Landrätekonferenz dar, die sich in diesem Jahr zum 75. Mal jährt und die allgemein als Wiederbeginn des demokratisch-parlamentarischen Lebens gewürdigt wird.

Die Diskussionsverläufe der Murrhardter Tagung lassen dabei bereits wie unter einem Brennglas erkennen, was die Besonderheit und auch die Stärke der kommunalen Selbstverwaltung seit diesen Tagen und bis heute ausmacht: Im Vordergrund stehen ganz konkrete Alltagsprobleme der Menschen. Diesen will man auch unter krisenhaften Bedingungen mit hoher administrativer Professionalität und dem notwendigen Quantum Pragmatismus gerecht werden. Dabei treten unterschiedliche Erfahrungswelten und politische Differenzen hinter eine gemeinsame und als verbindend empfundene Gemeinwohlorientierung ein gutes Stück weit zurück.

Freilich wäre die Murrhardter Landrätekonferenz ohne das Zutun weit- und umsichtiger US-amerikanischer Offiziere so nicht durchgeführt worden. Auch dieser Hinweis ist wichtig. Denn wie die zweite deutsche Demokratie insgesamt lässt sich auch unsere heutige Form kommunaler Selbstverwaltung nur dann richtig verstehen, wenn man sie immer auch als „Geschenk der Alliierten“ und damit als Ausdruck eines – etwas ungelenk – als „westlich“ bezeichneten Verfassungsmodells begreift. Darin liegt zugleich eine Verpflichtung, nämlich gerade als Kommunen – als Landkreise, Städte und Gemeinden – den europäischen und transkontinentalen Dialog wertestiftend zu fördern und zu befördern. Darauf kommt es in den heutigen Zeiten mehr denn je an.





Joachim Walter
Präsident
des Landkreistags
Baden-Württemberg

Gasthof „Sonne-Post“ in Murrhardt;
Tagungsort der ersten Landrätekonferenz
nach dem Zweiten Weltkrieg
am 20. Juni 1945

Gedenktafel am Gasthof „Sonne-Post“ in Murrhardt



DIE MURRHARDTER LANDRÄTEKONFERENZ VOM 20. JUNI 1945

und der demokratische Neubeginn
nach dem Zweiten Weltkrieg

von Michael Kitzing

EINLEITUNG

Der Südwesten in den ersten Nachkriegstagen

„Die Lage war trostlos. Es gab keine Rohstoffe, wegen der zerstörten Brücken keinen Verkehr auf Straße und Schiene, keine Post, keinen Fernsprechverkehr, keine Elektrizitätsversorgung, keine Presse, keinen Bankenverkehr und vor allem fehlten auch männliche Arbeitskräfte.“[1]

Mit diesen Worten charakterisierte Eduard Hirsch (1896-1989), der von den Amerikanern als Amtsverweser im Landratsamt Schwäbisch Hall eingesetzt worden war, die Situation in den ersten Wochen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Formal verfügte Hirsch als kommissarischer Landrat über eine enorme Amtskompetenz: Für seinen Sprengel waren ihm sämtliche vormaligen Reichs- und Landesbehörden untergeordnet worden. Tatsächlich aber musste er schwerste Zerstörungen und Mangel selbst in einem ländlichen Gebiet wie dem Kreis Schwäbisch Hall ausmachen. Sogar in den kleineren Gemeinden war es zu erheblichen Kriegszerstörungen gekommen. Gleichzeitig fehlten Backsteine zum Wiederaufbau. Dementsprechend musste Holz als Baustoff verwandt werden. Aber auch hier ergaben sich Schwierigkeiten: Denn Holz konnte nur in den Forsten des Fürsten v. Hohenlohe-Waldenburg – dieser hatte sein Einverständnis gegeben – geschlagen werden. Außerdem konnte Hirsch mit Unterstützung der Landesforstverwaltung, die nach Gschwend im Kreis Backnang ausgelagert war, weiteres Holz requirieren. Gleichzeitig bekam er von der Landesforstverwaltung den Hinweis, das verfügbare Holz gut zu verstecken, da die Amerikaner im Begriff seien, sämtliche Holzvorräte zu beschlagnahmen. Um das Holz überhaupt bearbeiten zu können, musste Hirsch jedoch erst einmal Drahtstifte im benachbarten Kreis Aalen „organisieren“, wobei er selbst im Nachhinein diese Form der Organisation als abenteuerlich bezeichnete.

Doch auch die Kommunikation zwischen dem Landratsamt und den Gemeinden war in den ersten Nachkriegstagen zusammengebrochen. Da es keine Post gab, musste Hirsch Anweisungen an die Rathäuser durch Kuriere geben. Dank der Einsicht des amerikanischen Kreiskommandanten von Schwäbisch Hall konnte immerhin recht früh ein Amtsblatt eingerichtet werden, das offizielle Mitteilungen druckte.[2]

Bedenklich war für Hirsch schließlich die Unterbrechung der Elektrizitätsversorgung. Milch und Wolle aus dem Kreis Schwäbisch Hall konnten nicht mehr weiterverarbeitet werden. Immerhin eigneten sich diese als Tauschprodukte. So verfügte der Kreis Göppingen bspw. über Treibstoff, in Nürtingen konnten die dortigen Behörden auf ein Reifenlager zurückgreifen. Letztlich waren sie bereit, diese Güter im Austausch zu den landwirtschaftlichen Produkten an den Kreis Schwäbisch Hall abzugeben. Nach einigen Wochen trat an die Stelle des Tauschhandels ein neues Zahlungsmittel: Der Kreis Schwäbisch Hall

druckte jetzt eigenes Geld, für das die Stadtkasse Schwäbisch Hall garantierte.[3]

Nahezu identisch gestalteten sich auch die Schwierigkeiten in den ersten Nachkriegswochen in den Kreisen Schwäbisch Gmünd und Ludwigsburg, über die der frühere württembergische Wirtschaftsminister und spätere Ministerpräsident von Württemberg-Baden, Reinhold Maier (1889-1971), und der ehemalige Präsident des württembergischen Landtages, Wilhelm Keil (1870-1968), in ihren Lebenserinnerungen berichten.[4] Beide Politiker wirkten in der unmittelbaren Nachkriegszeit als Assistenten der Landräte Konrad Burkhardt (1894-1978)[5] in Schwäbisch Gmünd und Helmuth Jäger (1904-1971)[6] in Ludwigsburg und konnten in dieser Situation ihre Erfahrungen als württembergische Spitzenpolitiker der Weimarer Zeit einbringen und gewannen durch diese Funktion bereits früh Einblick in die Lage Nordwürttembergs unter amerikanischer Besatzung.

Der deutsche Südwesten war im April 1945 von Amerikanern und Franzosen besetzt worden. Die Franzosen besetzten den Süden des heutigen Bundeslandes Baden-Württemberg, marschierten aber zunächst auch in die beiden Landeshauptstädte Karlsruhe und Stuttgart ein.[7] Amerikanische Truppen besetzten den Norden Badens und Württembergs. Sitz der amerikanischen Militärregierung war kurzzeitig Schwäbisch Hall und schließlich bis Anfang Juli 1945 Schwäbisch Gmünd. Zu diesem Zeitpunkt zwangen die Amerikaner die Franzosen Stuttgart und Karlsruhe zu räumen. Die Franzosen mussten sich nunmehr in die Amtsbezirke südlich der Autobahn Karlsruhe - Pforzheim - Stuttgart - Ulm zurückziehen, wodurch die früheren Länder Baden und Württemberg nun wirtschaftlich zerrissen waren. Eine staatliche Organisation bestand ohnehin nur noch auf der Ebene der Kreise und Gemeinden. Aber auch bei deren Organisation gaben die Besatzungsmächte in der Anfangsphase oft widersprüchliche Weisungen. Die Offiziere der Fronttruppen waren mit den deutschen Verhältnissen mit Blick auf Politik und Verwaltung kaum vertraut und trafen dementsprechend oft kurzfristige Entscheidungen, gerade bei der Einsetzung deutscher Amtsträger auf Kreis- und Gemeindeebene. Die Kommandanten nachrückender Truppenteile revidierten diese Entscheidungen oftmals nach bereits wenigen Tagen.

Schwierigkeiten entstanden jedoch nicht nur aufgrund von Unsicherheiten im Auftreten der Besatzungsmächte und infolge des allgemeinen Mangels, sondern eben auch, weil die Kreise, wie dies die Schilderung von Hirsch verdeutlicht, unter den Voraussetzungen der Besatzungsherrschaft ihr eigenes Wirtschaftsleben entwickelten, ja teilweise bereits begannen, sich voneinander abzulösen. Im Landratsamt Schwäbisch Gmünd, so Maier, sei der Eindruck entstanden, von außen völlig abgeschnitten gewesen zu sein: „Wir haben daher rechtzeitig Fühlung mit Aalen, mit Göppingen, mit Waiblingen aufgenommen und haben manches gegenseitig erfahren können“.[8] Einen Schritt weiter ging schließlich der Landrat des Kreises Backnang, Albert Rienhardt (1877-1953)[9], der gegenüber der amerikanischen Besatzungsmacht erfolgreich den Wunsch nach einer Zusammenkunft der Landräte der nordwürttembergischen Kreise artikulierte, die schließlich am 20. Juni 1945 im Gasthof Sonne-Post in Murrhardt stattfand.

Die 75. Wiederkehr dieses Treffens soll nun den Anlass bilden für einen genaueren Blick auf den politischen Neubeginn auf der Ebene der Kreise in den Jahren 1945/1946. Dabei soll zunächst einmal der Verlauf der Murrhardter Tagung skizziert werden, verbunden mit der Frage: Welche Ergebnisse standen am Ende der Murrhardter Tagung, worin liegt die Bedeutung dieses Treffens? Wer waren dabei die „Männer der ersten Stunde“, die in Murrhardt zusammengekommen

waren? Auf welche Erfahrungen konnten diese in den ersten Nachkriegstagen zurückgreifen, wie ist ihre Rolle während der Jahre der NS-Diktatur zu bewerten und wie verlief ihre Karriere im Gefolge des Murrhardter Treffens weiter?
Im Nachgang zu dieser Tagung kam es zu weiteren Landrätekonferenzen in Schwäbisch Gmünd, Ludwigsburg, Bad Boll und Schnait im Remstal. Inwiefern unterschieden sich diese Tagungen vom ersten Treffen in Murrhardt, was wurde hier verhandelt und welche Bedeutung hatten sie mit Blick auf die Gründung des Landes Württemberg-Baden und die Ausgestaltung von dessen politischer Ordnung.

DIE MURRHARDTER LANDRÄTEKONFERENZ VOM 20. JUNI 1945

Entstehung – Verlauf – Bedeutung

Im Nebenzimmer des Gasthofes Sonne-Post kamen insgesamt 25 Männer aus 13 nordwürttembergischen Kreisen zusammen, die zu diesem Zeitpunkt unter amerikanischer Besatzung standen.[10] Dabei handelte es sich in der Regel um den Landrat, dieser brachte jedoch bis zu drei Begleiter mit. Bspw. waren auch Maier und Keil als Mitarbeiter der Landräte von Schwäbisch Gmünd und Ludwigsburg zugegen. Dagegen fehlten die Vertreter nordwürttembergischer Kreise, die zu diesem Zeitpunkt noch unter französischer Besatzung standen. Die Landräte von Ulm und Heidenheim waren zwar eingeladen, jedoch war es ihnen unter den chaotischen Verkehrsverhältnissen der Nachkriegszeit unmöglich nach Murrhardt zu gelangen.
Das Treffen konnte überhaupt nur durch die entgegenkommende Haltung des Chefs der amerikanischen Militärregierung, damals noch in Schwäbisch Gmünd, Oberst William Dawson (1892-1947), durchgeführt werden. Zwar hatten die Amerikaner sich offiziell auf eine harte Besatzungspolitik festgelegt, Kontakte der amerikanischen Soldaten mit der deutschen Bevölkerung und mit den deutschen Amtsträgern sollten auf das Notwendigste beschränkt werden.[11] Jegliche Form der Verbrüderung war



Enthüllung der Gedenktafel am Gasthof „Sonne-Post“ in Murrhardt im Jahr 1975

verboten. Gleichwohl war Dawson frühzeitig bereit, teilweise auf deutsche Anliegen einzugehen und erste Schritte hin zu einem demokratischen Neuaufbau, beginnend auf der kommunalen Ebene, in die Wege zu leiten.[12] Dementsprechend erleichterte er auch das Bewilligungsverfahren für das Murrhardter Treffen, indem er darauf verzichtete, die Tagung in Murrhardt als politische Versammlung zu deklarieren. In diesem Fall hätte er einen Offizier aus der Abteilung Politik der Militärregierung nach Murrhardt als Beobachter entsenden müssen. Offiziell aber ging es für Dawson in Murrhardt um das Thema Arbeitsbeschaffung. Dementsprechend war Hauptmann Alfred M. Bingham, der in der amerikanischen Militärregierung das Ressort Arbeit betreute, als Vertreter der Besatzung anwesend.[13] Bingham sprach deutsch und stand deutschen Anliegen ebenfalls offen gegenüber: Bereits im Vorfeld der Murrharter Zusammenkunft hatte Bingham den Kontakt zu Maier gesucht und sich mit diesem in einer zweistündigen Unterredung über die wirtschaftliche Situation in Nordwürttemberg sowie die Stimmung in der Bevölkerung ausgetauscht.[14]



Chef der amerikanischen Militärregierung, Oberst William Dawson

Die Anreise der eingeladenen Landräte gestaltete sich schwierig, auch herrschte im Gasthof Sonne-Post räumliche Enge. Das Nebenzimmer des Gasthofes, so Maier, war mit Akten nahezu vollgestopft. Eine Tagesordnung gab es nicht, jedoch sei die Diskussion von allen Anwesenden als große Erleichterung aufgefasst worden. Für die Landräte und ihre Begleiter sei es beruhigend gewesen, zu erkennen, dass sie mit ihren Problemen nicht allein waren und dass auch in den Nachbarkreisen oftmals ganz ähnliche Auseinandersetzungen mit der jeweiligen Kreismilitärregierung bestanden. Auch betonte Maier, dass trotz zwölf Jahren Zensur sofort der Einstieg in eine gleichermaßen lebhafte wie engagierte Aussprache gelungen sei, wobei alle Anwesenden auf ihre Erfahrungen als Abgeordnete bzw. als Kommunalpolitiker in der Weimarer Republik hätten zurückgreifen können.[15]

Das Spektrum der Aussprache reichte freilich weit über das offizielle Thema Arbeitsbeschaffung hinaus: Behandelt wurden „Probleme der Lebensmittelversorgung, des Wohnungs- und des Flüchtlingswesens, der Energieversorgung, der Industrie- und Gewerbeförderung. Sie wurden verbunden mit Fragen der Arbeitsbeschaffung, der ärztlichen Versorgung, der Gehalts-, Renten- und Unterstützungszahlungen".[16] Außerdem ging es um den Wiederaufbau von Brücken und Verkehrswegen.[17] Nicht so recht einig waren sich die versammelten Landräte jedoch in der Frage, wie Beamte mit NSDAP-Parteibuch behandelt werden sollten.[18] Die Besatzungsmacht wünschte die umgehende Beseitigung aller NSDAP-Mitglieder und traf damit auf die Zustimmung eines Teils der Landräte. Maier und Keil nahmen einen etwas moderateren Standpunkt ein und sprachen sich gegen eine schematische Entlassung aller früheren NSDAP-Mitglieder aus. Vielmehr sollte jeder Einzelfall geprüft werden.

Zum Schluss der insgesamt fünfstündigen Versammlung zeichnete sich „der Wille ab, eine gemeinschaftliche Dienststelle für den Verkehr und eventuell für Notstandsarbeiten zu errichten. Auch sollten die Verwaltungsarbeiten der Kreise koordiniert werden."[19]

Reinhold Maier sah in seinen Erinnerungen in der Murrhardter Konferenz den Auftakt für die Neubegründung einer parlamentarischen Demokratie. Durch ihre Argumentation auf hohem sachlichem Niveau und die Einhaltung parlamentarischer Regeln, so Maier, hätten die Landräte beim anwesenden Besatzungsoffizier Alfred Bingham an Glaubwürdigkeit und Ansehen gewonnen.[20] In diesem Sinne habe auch der Vorgesetzte Binghams, Oberst Dawson, schon kurze Zeit später in einer Unterhaltung mit ihm von der Murrhardter Tagung und dem hier gepflegten Diskussionsstil vom „ersten Sprießen einer Demokratie" (the first planting of democracy) gesprochen.[21] Bingham war übrigens auch bei den nachfolgenden Landräteversammlungen anwesend. Bei der vierten Tagung im Oktober 1945 in Bad Boll habe er die dortige Debatte gar mit der Aussprache im Parlament seines Heimatstaates Connecticut verglichen.[22]

Auf deutscher Seite betonte Wilhelm Keil in seiner Schlussansprache des Ersten Landtags von Württemberg-Baden 1950 die Kontinuität zwischen der Murrhardter Tagung, der Vorläufigen Volksvertretung und dem Landtag von Württemberg-Baden – eine Kontinuitätslinie, die neuerlich aus Anlass des 20. Jahrestages der Landräteversammlung vom 20. Juni 1945 hervorgehoben wurde.[23] Auf der 30. Jahresfeier sah der ehemalige baden-württembergische Innenminister Walter Krause (1912-2000) gleich drei Institutionen in der Nachfolge des Murrhardter Treffens:[24] Dies sei erstens der Landkreistag. Niemand könne bestreiten, dass in den ersten Wochen nach dem Zweiten Weltkrieg die Landräte die obersten Repräsentanten des staatlichen Lebens gewesen seien. Aber auch die Regierung könne sich in der Nachfolge der in Murrhardt zusammengetretenen Landräte sehen, vor allem wenn man bedenke, welche Machtfülle die Landräte mit Blick auf die Verfügungsgewalt über Finanzämter, Reichsbank, Post und Eisenbahn in den ersten Nachkriegstagen besessen hätten. Schließlich



▲ Ansprache von Reinhold Maier anlässlich des 20jährigen Jubiläums im Jahr 1965

▼ Festakt anlässlich des 30jährigen Jubiläums im Jahr 1975; rechts im Bild, Regierungspräsident Friedrich Roemer



sei es das Parlament, das in der Nachfolge der Murrhardter Landrätekonferenz stehe, denn unbestreitbar sei in Murrhardt die Grundlage für weitere Landrätetreffen gelegt worden, die sich faktisch zu einer Art Vorparlament entwickelt hätten, aus dem dann die Vorläufige Volksvertretung und die Verfassunggebende Landesversammlung hervorgegangen seien. – Dieser Weg soll im Folgenden weiter nachgezeichnet werden, doch zuvor soll erst einmal noch ein Blick auf die Männer geworfen werden, die auf diese Weise zu den Gründervätern der südwestdeutschen Demokratie werden sollten.

Teilnehmerliste

Tagung der Landräte in Murrhardt am 20.6.45.

Aalen:	: Landrat Freiherr von Lütgendorff, Aalen,
Backnang	: Landrat Dr. Rienhardt, Backnang, Präsident Dr.Kiefer, Murrhardt, Ministerialrat Wilderer, Murrhardt,
Crailsheim	: Landrat Erbprinz Hohenlohe-Langenburg,
Gmünd	: Landrat Burkhardt, Schwäb.Gmünd, Minister Dr. Maier, Schwäb.Gmünd, Ministerialrat Dr.Wölz, Schwäb.Gmünd, Konrad Wittwer, Schwäb.Gmünd,
Göppingen	: Landrat Krauss, Göppingen, Stadtrat Hohlbauch, Göppingen, Stadtrat Gaiser, Göppingen, Oberbürgermeister Reichle, Geislingen,
Hall	: Landrat Hirsch, Hall,
Heilbronn	: Landrat u. Oberbürgermeister Beutinger, Heilbronn,
Künzelsau	: Landrat Dr.Hohner, Künzelsau, Fahrbereitschaftsleiter Fuchs, Künzelsau,
Ludwigsburg	: Landrat Dr.Jäger, Ludwigsburg, Minister Wilhelm Keil, Ludwigsburg,
Mergentheim	: Landrat Klei, Mergentheim,
Nürtingen	: Landrat Ministerialrat Eberhardt, Nürtingen,
Öhringen	: Landrat Dr.Eppinger, Öhringen,
Waiblingen	: Landrat Anton Schmidt, Waiblingen, Oberregierungsrat Kopp, Waiblingen, Bürgermeister Fabrikant Arnold, Schorndorf.

Nicht vertreten: Landräte von Heidenheim und Ulm a.D



Liste der Teilnehmer der ersten Landrätekonferenz in Murrhardt am 20. 6. 1945

Gasthof Sonne-Post in Murrhardt

„MÄNNER DER ERSTEN STUNDE“

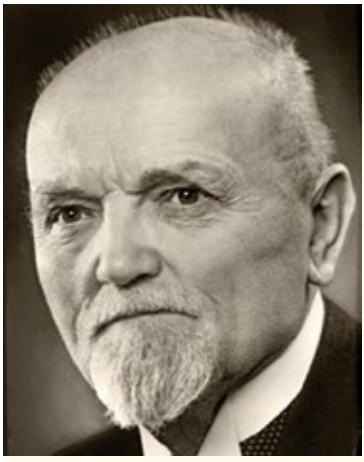
Beispiele für die Karrierewege der Teilnehmer der Murrhardter Tagung

Mit Wilhelm Keil und Reinhold Maier finden sich unter den Teilnehmern der Murrhardter Konferenz zwei württembergische Spitzenpolitiker der Weimarer Zeit, die von hier aus ihre politische Laufbahn neu begannen und als Landtagspräsident bzw. Ministerpräsident zu den maßgeblichen Persönlichkeiten des Landes Württemberg-Baden aufsteigen sollten. Während die Lebenswege dieser beiden Spitzenpolitiker bereits umfassend dargestellt worden sind,[25] wurden die übrigen 23 Anwesenden von der Forschung bislang kaum gewürdigt. In den meisten Fällen sind für diese – wie auch für die Mehrzahl der Teilnehmer der nachfolgenden Landrätekonferenzen – lediglich einige Grunddaten (wie Lebensjahre, Ausbildung und ausgeübte Funktionen) bekannt. Dagegen fehlen Studien über das politische Wirken der in Murrhardt am 20. Juni 1945 zusammengekommenen Persönlichkeiten weitgehend – oder anders ausgedrückt: An dieser Stelle bietet sich noch erhebliches Potential für künftige Forschungen zum demokratischen Neubeginn nach 1945 in den südwestdeutschen Kreisen und Kommunen.

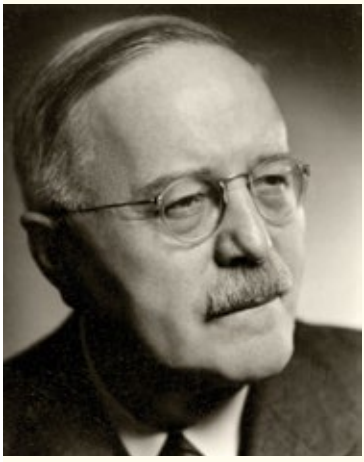
Im Rahmen dieses Aufsatzes sollen die Teilnehmer des Murrhardter Treffens kategorisiert und einige Persönlichkeiten, vor allem solche, die Reinhold Maier in seinen Erinnerungen namentlich nennt, vorgestellt werden. Dabei geht es vor allem um deren Rolle in der NS-Zeit aber auch die Frage: Unter welchen Voraussetzungen kamen sie 1945 in die Verantwortung? Inwiefern schloss sich an die Teilnahme an der Murrhardter Landrätekonferenz eine weitere politische Laufbahn an?

Unter den Teilnehmern des Murrhardter Treffens finden sich erstens politische Quereinsteiger, bspw. Freiberufler oder Vertreter der Wirtschaft, die von den Amerikanern situativ mit Ämtern auf der kommunalen oder der Kreisebene betraut wurden.

Beispielhaft für diese Gruppe steht der Schorndorfer Möbelfabrikant und zeitweilige stellvertretende Bürgermeister **Walter Arnold (1891-1973)**[26]. Nach der mittleren Reife 1907 und einer kaufmännischen sowie einer Schlosserlehre studierte Arnold in den Vereinigten Staaten Be-



Wilhelm Keil, *24. Juli 1870, † 5. April 1968



Reinhold Otto Maier, *16. Oktober 1889, † 19. August 1971

triebswirtschaft. Infolge des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges konnte er das Studium jedoch nicht abschließen und auch nicht nach Deutschland zurückkehren. Inzwischen heiratete er in den Vereinigten Staaten, erst im Oktober 1919 erhielt er wieder eine Einreiseerlaubnis in seine Heimat. – Zurück in Deutschland leitete Arnold zunächst ein Zweigwerk des von seinem Vater gegründeten Möbelgeschäftes in Kempen, wo er sich zugleich in der dortigen IHK wie auch der Kommunalpolitik betätigte. Ab 1925 hatte er die Oberleitung der Werke in Schorndorf und Ernsbach inne, 1941 kehrte er nach Schorndorf zurück. Hier war er im April 1945 als Dolmetscher bei der kampflosen Übergabe der Stadt beteiligt und wurde bis Juni 1945 von den Amerikanern zugleich als Stellvertreter des Bürgermeisters eingesetzt, bis zum Oktober 1945 übte er auch die Rolle eines Stellvertreters des Landrates in Waiblingen aus. In dieser Funktion nahm er an der Murrhardter Tagung teil und übernahm neuerlich die Rolle des Dolmetschers, in dem Augenblick, in dem die Deutschkenntnisse von Hauptmann Bingham als Beobachter der Besatzungsmacht nicht mehr ausreichten.[27]

Im Gegensatz zu Arnold verblieb der Buchhändler **Konrad A. Wittwer (1903-1973)** längerfristig im politischen Geschäft.[28] Wittwer war nach NS-Diktion „jüdischer Mischling", hatte sich dementsprechend Repressionen ausgesetzt gesehen, letztlich konnte er nur dank der Unterstützung des Abwehrchefs der Firma Bosch, Hugo Bühler (1901-1970),[29] überleben. Bühler arbeitete vordergründig eng mit der Gestapo zusammen, tatsächlich nutzte er seine Position, um die Widerstandstätigkeit der Männer des 20. Juli 1944 zu ermöglichen. So führte Bühler ein Postfach für Carl Goerdeler (1884-1945), besorgte für diesen Visa für Auslandsreisen und versorgte ihn mit ausländischer Presse. Auch bemühte sich Bühler zahlreiche Verfolgte im Umfeld der Firma Bosch vor Deportationen zu retten. Wittwer brachte er 1944 bei einem Auto-Zerlegebetrieb in Stuttgart-Feuerbach unter. Da dieser als kriegswichtig deklariert wurde, blieb Wittwer eine Deportation erspart.

In der Nachkriegszeit war Wittwer an der Seite seines Freundes Maier ebenfalls einer der Assistenten des Gmünder Landrates; nach Maiers Ernennung zum Ministerpräsident Württemberg-Badens berief dieser Wittwer zum Staatsrat in der Staatskanzlei. In dieser Funktion hielt Wittwer bis zu seiner Rückkehr in den Buchhandel 1951 dem Ministerpräsidenten im politischen Tagesgeschäft gleichsam den Rücken frei.

Allen politischen Quereinsteigern war gemein, dass sie von den Amerikanern als politisch unbelastet angesehen wurden, d.h. eine NSDAP-Parteimitgliedschaft war nicht bekannt, außerdem hatten sie in den Jahren 1933-1945 keine exponierte Position in der Verwaltung innegehabt.[30]

Bei der zweiten Gruppe der Teilnehmer der Murrhardter Tagung handelte es sich um Beamte oder Kommunalpolitiker, deren Karrieren bis in die Weimarer Zeit zurückreichten. Innerhalb dieser Gruppe war das Spektrum hinsichtlich der jeweils eingenommenen Position zum Nationalsozialismus breit, bzw. reichte von Opfern des Nationalsozialismus bis hin zu Persönlichkeiten, die aufgrund eigenen Karrierestrebens bereit waren, mit nahezu jedem Regime zu paktieren. Die Extrempositionen markieren hierbei zwei Stadtoberhäupter: Der Heilbronner Oberbürgermeister und zeitweilige Landrat Emil Beutinger (1875-1957) sowie der Backnanger Bürgermeister und spätere Landrat Albert Rienhardt.

Emil Beutinger war den Nationalsozialisten dabei derart verhasst, dass er auch nach dem Ende des NS-Regimes noch Morddrohungen erhielt. So berichtet Maier, Beutinger hätte auch in Murrhardt nur mit einer Eskorte von sechs bewaffneten Amerikanern erscheinen können, da er habe fürchten müssen, einer „Werwolfaktion"

zum Opfer zu fallen.[31] – Der Architekt Emil Beutinger wurde 1921 mit der Unterstützung von SPD und DDP zum Heilbronner Stadtoberhaupt gewählt.[32] In der Weimarer Zeit gelang ihm eine umfassende infrastrukturelle Erneuerung der Stadt; in die erste Amtszeit Beutingers fällt auch der Beginn der Neckar-Kanalisation, in deren Zusammenhang auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise in großem Umfang Notstandsarbeiten ausgeschrieben werden konnten und durch die im Zuge der Trockenlegung von Nebenarmen des Flusses neue Flächen für die Stadtentwicklung gewonnen werden konnten.

Trotz seiner Erfolge galt Beutinger als eigenwillig und agierte bei der Kommunikation seiner politischen Ziele nicht immer glücklich. Dies bot den Nationalsozialisten Angriffsflächen. Am 16. März 1933 inszenierten die Heilbronner Nationalsozialisten ihre „Machtergreifung".[33] Im Rahmen einer Gemeinderatssitzung, an der Beutinger in Folge einer schwereren Erkrankung nicht teilnehmen konnte, wurde der Nationalsozialist Heinrich Gültig (1898-1963) als sein Stellvertreter eingesetzt – Gemeinderäte der politischen Linken waren bereits gehindert worden, an der entsprechenden Sitzung teilzunehmen. Einen Tag später wurde Gültig als Staatskommissar eingesetzt, am 24. April wurde Beutinger suspendiert. Die Suspendierung wurde dabei mit angeblichen Unterschlagungen begründet, die Beutinger als Aufsichtsratsmitglied in mehreren Eigenbetrieben der Stadt Heilbronn begangen haben solle. Vor Gericht erwiesen sich diese Vorwürfe als nicht haltbar. Trotz des Freispruchs Beutingers am 22. Juni wurde dieser knapp einen Monat später auf der Grundlage des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" zwangsweise in den Ruhestand geschickt. Zudem plünderte die SA aus Verärgerung über den Freispruch das Anwesen Beutingers. Nur durch einen Sprung aus einem Fenster konnte Beutinger vor der marodierenden Masse entfliehen. In der Folge erlitt er einen Nervenzusammenbruch. – Zwar nahm die Staatsanwaltschaft gegen die Beteiligten des Übergriffs auf Beutingers Haus Ermittlungen auf, diese wurden jedoch auf einen Wink von NS-Gauleiter und Reichsstatthalter Wilhelm Murr (1888-1945) eingestellt. Erst 1949 sollte es zu einer Verurteilung von fünf Beteiligten kommen.

Ein weiteres Mal geriet Beutinger 1938 in den Fokus der Nationalsozialisten. Ihm wurde vorgeworfen, er habe als Architekt Arbeiten für jüdische Auftraggeber erledigt. Die Ermittlungen gegen Beutinger verliefen jedoch ergebnislos. Zwar hatte er einen Anstrich an der Heilbronner Synagoge vorgenommen. Diese Arbeiten waren jedoch von der zuständigen Behörde ausdrücklich genehmigt worden.



Emil Beutinger,
* 9. August 1875, † 19. Oktober 1957

Politisch nochmals in die Verantwortung trat der inzwischen siebzigjährige Beutinger auf Wunsch der Amerikaner 1945.[34] Aufgrund der massiven Vorbelastung jüngerer Kräfte war Beutinger nicht nur Heilbronner Oberbürgermeister, sondern in Personalunion bis zum Oktober 1945 auch Landrat und Chef der Städtischen Polizei. In die zweite Amtszeit Beutingers fällt ein absolutes Bauverbot für die im Luftangriff vom 4. Dezember 1944 weitgehend zerstörte Innenstadt. Bewusst sollte durch diesen Beschluss einer willkürlichen Bebauung vorgebeugt werden.

Nach der ersten Kommunalwahl 1946 trat Beutinger vom Amt als Oberbürgermeister zurück, blieb jedoch als DVP-Stadtrat weiterhin in der Kommunalpolitik.

Gänzlich anders gestaltete sich der politische Weg des Initiators der Murrhardter Tagung **Albert Rienhardt,** der 1921 als Kandidat der DDP zum Backnanger Stadtoberhaupt gewählt worden war.[35] Schon vor der Wahl Rienhardts hatten sich die politischen Verhältnisse in Backnang zugespitzt.



Albert Rienhardt,
* 10. September 1877, † 1953

Auf der einen Seite standen die Arbeiterparteien, unter denen die KPD ein klares Übergewicht hatte, auf der anderen Seite stand ein Bürgerblock, der von der DDP bis zur DNVP reichte und im Gemeinderat über eine knappe Mehrheit verfügte.[36] Auch das Auftreten Rienhardts polarisierte weiter. Über Jahre hinweg stand dieser mit Oberamtsvorstand Albert Heinrich Klumpp (1875-1961) in einem persönlichen Konflikt, zugleich stritt er mit dem Innenministerium über eine Verbesserung seiner Besoldung.[37] – Allerdings galt Rienhardt als Kommunalfachmann, dessen Erfahrungsschatz sich in einem von ihm 1932 veröffentlichten Leitfaden für Bürgermeister in Württemberg widerspiegelte.[38] Für den Bürgermeister sprachen auch umfangreiche Investitionen in die örtliche Infrastruktur wie auch sein Engagement im kommunalen Verbandswesen.[39]

Schon in der Weimarer Zeit driftete Rienhardt politisch stark nach rechts. 1926 gab er seine DDP-Mitgliedschaft auf, auch weigerte er sich, den 11. August, den Tag der Verkündung der Reichsverfassung, als Feiertag zu begehen.[40] Die letzten Jahre der Weimarer Republik waren angesichts von Stimmengewinnen der örtlichen KPD zudem durch heftige Zusammenstöße zwischen dieser und dem Stadtoberhaupt geprägt.[41] Diese scharf antikommunistische Haltung Rienhardts ermöglichte ihm, sich 1933 rasch an die neuen Verhältnisse anzupassen. Als die Nationalsozialisten im Gefolge der Märzwahlen ihre lokale „Machtergreifung“ inszenierten, war der Bürgermeister zunächst nicht greifbar. Wenige Tage darauf, als mit dem „Tag von Potsdam“ die nächste Inszenierung anstand, hatte sich Rienhardt bereits dem nationalsozialistischem Sprachduktus angepasst.[42] Überaus willig folgte er auch, als der Gemeinderat auf Antrag von NSDAP-Kreisleiter Alfred Dirr (1902-1941) in seiner Sitzung vom 23. März neun Anträge bewilligte, deren Ziel vor allem darin bestand, die örtliche Arbeiterbewegung auszuschalten.[43]

Hinsichtlich der Zusammensetzung des Gemeinderates wurde im Zuge von dessen „Gleichschaltung“ im April/ Mai 1933 ein recht scharfer Schnitt gezogen. Zwei Jahre später trat nach der Verabschiedung der „Deutschen Gemeindeordnung“ an die Stelle des Gemeinderates das letztlich einflusslose „Ratsherrenkollegium“. Gleichzeitig gelang es Rienhardt seine Position zu behaupten, am 20. Juli 1933 wurde er Bürgermeister „auf Lebenszeit“, seine Kompetenzen wurden durch die Einführung des „Führerprinzips“ in den Gemeinden 1935 sogar noch gestärkt.[44] Dabei durfte er im Amt bleiben, da er nicht nur opportunistisch war, sondern es den württembergischen Nationalsozialisten vielfach

auch an ausgebildetem Personal fehlte. Daher wurde nur ein Viertel der württembergischen Gemeindeoberhäupter durch die Nationalsozialisten ausgetauscht. Dies geschah aber vor allem in städtischen Zentren, in denen vor 1933 SPD und DDP dominiert hatten, nicht jedoch in Landstädten wie Backnang, wo der Bürgermeister ohnehin einen nationalkonservativen Kurs fuhr.
Zwischen dem Backnanger NSDAP-Kreisleiters Dirr und Rienhardt bestanden zwar kaum persönliche Beziehungen:[45] Dirr war wesentlich jünger als Rienhardt und, wenn er auch recht gemäßigt auftrat, durch und durch Nationalsozialist. Rienhardt dagegen war noch ganz im Kaiserreich sozialisiert und gab sich ganz der Illusion hin, egal unter welchem Regime, als ein über den Parteien stehender Bürgermeister, ausschließlich die Interessen Backnangs zu vertreten. Für Dirr war der Bürgermeister jedoch von Interesse, als durch dessen Verbleib Kontinuität suggeriert werden konnte. Zudem schmückte sich die örtliche NS mit dem Kommunalfachmann Rienhardt, der während der NS-Diktatur erneut als Autor einer Handreichung zur „Deutschen Gemeindeordnung" von 1935 hervortrat.[46]

Während der NS-Diktatur konnte Rienhardt Freiräume für sich erhalten. So war seine Kompetenz gefragt, wenn u. a. „Strompreisverhandlungen mit der Kawag (dem dortigen Energieanbieter M.K.), ein Steuervergleich mit der Firma Adolff, Haushaltspläne (Wollspinnerei in Backnang M.K.), bauliche Maßnahmen zur Murrverbesserung und die Verlegung der Kläranlagen auf die Spitzwiesen"[47] auf der Tagesordnung standen.
Gleichwohl zeigte während der 1930er Jahre die Backnanger Kommunalpolitik klar nationalsozialistisches Gepräge. Im Zweifelsfalle war der Bürgermeister örtlichen NS-Funktionären bereitwillig zu Diensten, so bei der Liquidation des Vermögens der Arbeiterparteien.[48] Genauso wurde 1935 das evangelische Lehrerseminar aufgehoben, an dessen Stelle eine „Nationalpolitische Erziehungsanstalt" trat. Natürlich wurde seitens des NSDAP-Kreisleiters hinsichtlich der Förderung dieser Institution vom Bürgermeister „weitgehendes Entgegenkommen" erwartet.[49]
Im Kirchenkampf stellte sich Rienhardt, auch wenn er formal Kirchengemeinderat war, nicht auf die Seite der protestantischen Pfarrer, sondern duldete trotz deren Protest, dass in der Städtischen Bibliothek das antikirchlich eingestellte Hetzblatt „Flammenzeichen" auslag. Auch nahm es Rienhardt hin, dass protestantische Diakonissen in den örtlichen Kindergärten durch NSV-Schwestern ersetzt wurden.[50]
Nach dem Ende der NS-Diktatur stieg Rienhardt zum kommissarischen Landrat auf, allerdings war seine Karriere nicht einmal zwei Wochen nach der Murrhardter Tagung beendet. In der Zwischenzeit hatten die Amerikaner Kenntnis über Rienhardts NSDAP-Beitritt im Jahr 1937 erhalten.[51] Wenn auch dies Rienhardt sein Amt kostete und er zeitweilig ins Internierungslager überstellt wurde, so hat es seinem Ansehen langfristig nicht geschadet: 1949 veröffentlichte er abermals einen Leitfaden zur Kommunalordnung Württemberg-Badens[52] und 1952 wurde Rienhardt zum Ehrenbürger Backnangs[53] ernannt.

Ist bei Beutinger und Rienhardt eine eindeutige Zuordnung als Opfer bzw. als Trittbrettfahrer des NS-Regimes möglich, so fällt eine derartige Kategorisierung bei anderen Teilnehmern der Murrhardter Tagung, die eine Verwaltungslaufbahn beschritten hatten, sichtlich schwer. Dies gilt bspw. für den österreichischen **Freiherrn Max v. Lütgendorff-Leinburg (1889-1958)**[54], der nach Stationen als Landesregierungssekretär der Regierung von Niederösterreich 1921-1922, verschiedenen Privatstellungen 1922-1936 und 1936-1938 als österreichischer Honorarkonsul in Aussig seit 1939 im Dienst der württembergischen Innenverwaltung stand. Während seines Dienstes für die Republik Österreich hatte Freiherr v. Lütgendorff der autoritär-ständestaatli-

chen Vaterländischen Front angehört und diese im nördlichen Sudetenland geleitet. Auf die Anstellung im württembergischen Innenministerium auf Probe im August 1939 folgte am 17. Oktober 1939 die Festanstellung im Rang eines Regierungsrates beim Landratsamt Aalen.



Freiherr Max von Lütgendorff,
* 17. Juli 1889, † 1958

Im Dezember 1940 wurde Freiherr v. Lütgendorff jedoch „als Mischling II. Grades" aufgrund seiner jüdischen Ehefrau entlassen. Im gleichen Jahr stellte er einen Aufnahmeantrag in der NSDAP – möglicherweise erhoffte er sich durch die Parteimitgliedschaft einen gewissen Schutz. Trotz seiner Entlassung wurde Freiherr v. Lütgendorff zunächst weiter beschäftigt, die endgültige Entlassung erfolgte am 1. August 1941, während ebenfalls 1941 der Aufnahmeantrag in die NSDAP abgelehnt wurde.

Bis zum Ende des Weltkrieges war Freiherr v. Lütgendorff als Personalsachbearbeiter bei der Maschinenfabrik Alfing in Wasseralfingen beschäftigt, bevor er von der US-Militärregierung zum Landrat in Aalen bestellt wurde (bis 12. Juni 1946). Anschließend wurde er zunächst Amtsverweser beim Landratsamt Öhringen und hier Anfang 1947 auch vom Kreistag im Amt bestätigt. An einer Neuwahl des Landrates am 15. März 1948 konnte er jedoch wegen des noch nicht abgeschlossenen Entnazifizierungsverfahrens nicht teilnehmen, so dass er sein Amt am 9. Mai 1948 niederlegen musste. Versuche, eine Stellung bei der Innenverwaltung Württemberg-Badens zu erhalten, blieben erfolglos. Freiherr v. Lütgendorff übersiedelte 1950 zurück nach Österreich, erst zwei Jahre vor seinem Tod erhielt er ein Ruhegehalt im Zuge der Wiedergutmachung.

VON MURRHARDT NACH SCHNAIT IM REMSTAL

Die Gründung des Landes Württemberg-Baden und die weiteren Landräteversammlungen im Sommer und Herbst 1945

Die Murrhardter Tagung setzte eine umfassende Dynamik hinsichtlich der Entstehung staatlicher Strukturen in Württemberg-Baden in Gang. Bereits wenige Tage nach dem Treffen war Reinhold Maier zu einer Unterredung in die Privatwohnung von Oberst Dawson eingeladen. Im Gespräch ging es um die Durchführung einer weiteren Landrätetagung am 11. Juli 1945 in Schwäbisch Gmünd. Außerdem wurde Maier beauftragt, für den amerikanischen Offizier eine Denkschrift über den Wiederaufbau der Infrastruktur und damit verbunden zur Arbeitsbeschaffung sowie zur Ankurbelung des wirtschaftlichen Lebens in Württemberg insgesamt auszuarbeiten.[55] Diese Denkschrift wurde u. a. in einer weiteren Besprechung zwischen Dawson und Maier am 11. Juli 1945 vorgelegt. Maier wurde bei den jeweils einstündigen Gesprächen mit Dawson von den beiden anderen ehrenamtlichen Mitarbeitern auf dem Landratsamt Schwäbisch Gmünd begleitet: Wie Maier hatten auch Konrad Wittwer und Dr. Otto Wölz einen überaus positiven Eindruck von Oberst Dawson, die drei deutschen Politiker bzw. Beamten fühlten sich von Dawson ernst genommen. Dieser ließ die

Meinung seiner drei deutschen Gesprächspartner gelten, wenngleich er sich dieser freilich bei weitem nicht immer anschloss.[56]

Am 8. August 1945 bat Dawson Maier schließlich, an die Spitze einer Regierung für den amerikanisch besetzten Teil Württembergs zu treten.[57] In Stuttgart hatten die Franzosen bei ihrem Einmarsch eine deutsche Landesverwaltung eingesetzt, die jedoch insgesamt wenig Einfluss ausüben konnte.[58] Die Amerikaner übernahmen zunächst die von den Franzosen eingesetzte deutsche Verwaltung, kündigten aber recht schnell personelle Umbesetzungen an. Als Maier auf Wunsch der Amerikaner, die seit dem 9. Juli die Franzosen aus Stuttgart verdrängt hatten, sein Kabinett zusammenstellte, übernahm er aus der Stuttgarter Landesverwaltung Innenminister Fritz Ulrich (1888-1969) und Justizminister Josef Beyerle (1881-1963).



Fritz Ulrich,
* 12. Februar 1888, † 7. Oktober 1969

Auf ausdrücklichen Wunsch der Amerikaner erfolgte die Ernennung von Theodor Heuss (1884-1963) zum Kult(us)minister – das anfangs sechsköpfige Kabinett Maiers setzte sich ausschließlich aus ehemaligen württembergischen Reichs- und Landtagabgeordneten der Sozialdemokratie sowie der früheren Katholischen Zentrumpartei und der früheren linksliberalen DDP zusammen.[59] Die Überprüfung der Personalien der Kabinettsmitglieder zog sich bis zum 24. September 1945 hin. Schon fünf Tage zuvor hatten die Amerikaner die Gründung der Länder Großhessen, Bayern und Württemberg-Baden in ihrer Zone proklamiert. Die Regierungen hatten dabei die vollständige exekutive und legislative Gewalt – vorbehaltlich der Zustimmung der amerikanischen Besatzungsmacht.[60]

Noch einigermaßen unklar war Mitte September die Stellung Nordbadens. Die Amerikaner hatten beim Kriegsende den Raum Mannheim – Heidelberg besetzt und unter Karl Holl (1886-1971) eine deutsche Regierung für den ehemaligen Landeskommissariatsbezirk Mannheim geschaffen. In Karlsruhe hatten die Franzosen unter Alfred Bund (1882-1975) eine Zivilverwaltung für Baden eingesetzt. Diese ließen die Amerikaner, als sie Anfang Juli auch in Karlsruhe einrückten, ebenfalls erst einmal im Amt. Im September vereinigten die Amerikaner jedoch die beiden Zivilverwaltungen in Nordbaden nunmehr unter Leitung des früheren badischen Staatspräsidenten und Reichsfinanzministers Heinrich Köhler (1878-1949).[61] Köhler strebte anfänglich eine Wiedervereinigung Badens über die Besatzungsgrenzen hinweg an und versuchte in einer allenfalls lockeren Abhängigkeit von Stuttgart zu bleiben. Diese Position ließ sich jedoch nicht durchhalten. Am 25. Oktober 1945 veranlassten die Amerikaner den Eintritt Köhlers als Stellvertreter Reinhold Maiers in das Stuttgarter Kabinett.[62] Damit verbunden war Nordbaden nun fest an Nordwürttemberg gekoppelt, allerdings erhielt der Landesbezirk Nordbaden weitgehende Autonomierechte. So ernannte Köhler, nicht der Ministerpräsident, im Bereich Kultus, Inneres, Arbeit und Soziales, sämtliche Beamten frei. Die entsprechenden Verwaltungen wurden durch Landesdirektoren in Karlsruhe geleitet, die direkt Köhler als Landesbezirkspräsidenten und Stell-



Informationsplakat der amerikanischen Militärregierung

vertreter des Ministerpräsidenten unterstanden. Auch verfügte der Landesbezirk Baden bis 1952 über einen eigenen Etat.[63]

Seit dem Herbst 1945 begannen die Amerikaner zudem auf Gemeinde- und Kreisebene die demokratischen Strukturen weiter auszubauen. An die Seite der Bürgermeister und Landräte traten nunmehr auch Beiräte, die zu Vorläufern der Gemeinde- und Kreisräte werden sollten.[64] Im Oktober forderte die Besatzungsmacht Innenminister Fritz Ulrich auf, eine Kommunalwahlordnung aufzuarbeiten[65], die im Dezember 1945 verabschiedet wurde. Inhaltlich orientierte sich diese an der „Deutschen Gemeindeordnung" von 1935, wobei diese freilich „entnazifiziert" wurde.[66] Im März 1946 konnte das Kabinett Maier die Kreiswahlordnung für Württemberg-Baden verabschieden.[67] Auf der Grundlage dieser Ordnungen kam es im Januar 1946 in den kleineren Gemeinden unter 20.000 Einwohnern zu den ersten Kommunalwahlen. Im Mai zogen die größeren Gemeinden nach, auch wurden jetzt die ersten Kreisräte gewählt, zunächst einmal für eine Übergangszeit von zwei Jahren.[68]

Gleichzeitig mit der Konstituierung des Landes Württemberg-Baden und mit der Schaffung einer demokratischen Kommunalverfassung wurde auch die Arbeit der Landrätekonferenzen professionalisiert. Die zweite Tagung fand am 11. Juli 1945 in Schwäbisch Gmünd statt. Reinhold Maier betont in seiner Schilderung, dass diese bereits stärker strukturiert war als das erste Treffen in Murrhardt drei Wochen zuvor.[69] Bereits eine Tischdekoration verlieh der Versammlung nunmehr einen formaleren Rahmen. Auch war jetzt eine ganze Reihe amerikanischer Besatzungsoffiziere anwesend. Diese vertraten die unterschiedlichen Ressorts in der Landesmilitärregierung und erörterten den amerikanischen Standpunkt. In Schwäbisch Gmünd gab es zudem bereits eine feste Tagesordnung, ein offizielles Protokoll der Sitzung ist nunmehr ebenfalls überliefert. Inhaltlich ging es auf der Tagung um finanzielle Fragen. In diesem Zusammenhang „wurden Probleme der Sozialrenten, der Regelung der Fürsorgezahlungen, sowie der Beamten- und Angestelltengehälter und der übereinstimmenden Regelung der Bezahlung der Reichs- und Landesbeamten durch die Kreise zur Diskussion gestellt"[70]. Zudem trug Reinhold Maier seine Ausführungen zum Thema Arbeitsbeschaffung und zur Ankurbelung des Wirtschaftslebens vor. Bingham soll am Ende der Gmünder Tagung gegenüber Maier festgestellt haben, diese sei effizienter als das Murrhardter Treffen gewesen, jedoch weniger demokratisch.[71] Zugleich beschloss die Versammlung ein neuerliches Treffen in Ludwigsburg. Dieses fand am 15. August 1945 statt. Hier wurde u. a. darüber verhandelt, wie die Verwaltung, zumal angesichts der zahlreichen entlassenen NS-belasteten Beamten, neu aufgebaut werden könne. Genauso wurde jedoch auch über die Neubildung der Gemeinde- und Kreisräte verhandelt. Weitere



STAATSANZEIGER
FÜR WÜRTTEMBERG-BADEN

Nr. 49 Preis 20 Pfg. Stuttgart, den 24. Juni 1950 4. Jahrgang

Fünf Jahre demokratischer Aufbau in Südwestdeutschland

Ein Vortrag des Ministerpräsidenten in Murrhardt

Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier

Aus dem Inhalt

SÜDWEST-MERKUR

26. Juni 1970

DAS ERSTE SPRIESSEN DER DEMOKRATIE

Dr. Reinhold Maier: Die Landrätetagung vom 20. Juni 1945 in Murrhardt

Am 20. Juni 1945, knapp zwei Monate nach der Besetzung unseres Landes, trafen in Murrhardt die Landräte zusammen, die damals die oberste Instanz auf ziviler Ebene waren. Der Verlauf der Sitzung war bemerkenswert eindrucksvoll und regte die amerikanischen Besatzer an, der neu aufkeimenden Demokratie Bewegungsraum zu gewähren. Dr. Reinhold Maier, der spätere Ministerpräsident des Landes, zählte zu den nam... Teil-nehmern der Tagung, deren historische Bedeutu... Denkwürdigkeiten ausführlich schildert. Außer... der Demokratischen Volkspartei anwesend: Dr. Wolfgang Haußmann, Dr. Guntram Palm und der Wildbader Abgeordnete Ableiter. Die Versammlung in Murrhardt, der von amerikanischer Seite Major Alfred M. Bingham als Beobachter der Militärregierung beiwohnte, war — wie die folgende Darstellung Dr. Reinhold Maiers in der Form einer Zeittafel der Landräteversammlungen in den Jahren 1945/46 belegt — der Anstoß ... einer weittragenden Entwicklung der Demokratie in

Dr. Reinhold Maier

Murrhardt 1955

I

Von Murrhardt 1945 führt eine gerade Linie zur Regierung und Landtag unseres Landes. Dies ist eine Tatsache. Wir brauchen dies nicht zu beweisen. Wir wissen es, wir haben es erlebt. Sonderberufene müssen wir ein Anderes beweisen. Dass es nämlich an Tag von Murrhardt, den 20. Juni 1945 und in den folgenden Stationen höchst natürlich, nämlich ganz einfach demokratisch zuging. Demokratisch bei den Amerikanern, demokratisch bei den Deutschen.

Der Tag von Murrhardt ist durch Misstrauische, die nicht dabei waren und hinterher vielleicht doch gern dabei gewesen wären, in ein gewisses Zwielicht geraten. Ein Mythos wurde ausgebreitet, wie wenn es dabei und später nicht ganz mit rechten Dingen zugegangen wäre, wie wenn hiebei etwas wie "übernatürliche Mächte" die Hand im Spiele gehabt hätten. Es gilt deshalb u.a., Murrhardt etwas zu entmythologisieren.

Vor fünf Jahren wurde der Tag in einem etwas grösseren Rahmen gedacht. Wie heute sprechen ebenfalls Herr Wilhelm Keil und ich. Beide Reden wurden mit grossem Beifall aufgenommen, auch die einzige. Beide Reden sind in Staatsanzeiger Veröffentlicht. Ich habe meine eigene jetzt wieder gelesen. Ich finde keine Schuld an ihr. Andern Tags wurde mir der Prügel auf den Kopf geschlagen wie noch nie und gleich von zwei Seiten. Protestiert von Organ der Amerikanischen Militärregierung, der Neuen Zeitung. Ich hatte gesagt, die Flüchtlingsfrage sei eine internationale Angelegenheit. Die Mitverantwortung der ganzen Welt, hauptsächlich der angelsächsischen Länder, sei nicht wegzudiskutieren, denn sie hätten das Potsdamer Protokoll unterschrieben. Sein Art. XIII trage die harmlose Überschrift: "Geregelte Umsiedlung deutscher Bevölkerungsteile". Mit diesem grausamen Artikel hätten sie nichts mehr oder weniger, als die Vertreibung der Deutschen aus den Osten sanktioniert. Ich hatte noch das damals

1. Staatsanzeiger 24. Juni 1950
2. Südwest-Merkur 26. Juni 1970
3. Anfang der Rede von Dr. Reinhold Maier 1955 zum zehnjährigen Jahrestag der ersten Landrätekonferenz

Tagungsordnungspunkte bildeten Neuzulassungen, sowohl von Ärzten wie auch von Gewerbebetrieben.[72] – Zudem brachte die Ludwigsburger Tagung jedoch auch einige Differenzen wie auch Neuerungen. Zu Letzteren gehörte die erstmalige Teilnahme von Vertretern der Stadt Stuttgart sowie von fünf Kreisen (Böblingen, Esslingen, Leonberg, Nürtingen, Vaihingen), die bislang unter französischer Besatzung bestanden hatten. Ebenfalls erstmalig nahm ein Vertreter der Stuttgarter Innenverwaltung teil und zog sich nach Erinnerungen Maiers die Verärgerung der Landräte auf sich. Der Beamte der Innenverwaltung habe versucht, im Stil einer Dienstbesprechung den Landräten Weisungen zu geben.[73] Dies stieß angesichts des gewachsenen Selbstvertrauens der Landräte umso deutlicher auf. Die Leitung der Landrätekonferenzen übernahm auf Vorschlag Maiers künftig nicht mehr der jeweilige Gastgeber, sondern Wilhelm Keil, der auf seine Erfahrungen als Präsident des Württembergischen Landtages zurückgreifen konnte.[74]

Auf das Ludwigsburger Treffen folgten noch zwei weitere: Am 10. Oktober 1945 in Bad Boll, sowie am 21. November in Schnait im Remstal. Bad Boll brachte insofern eine Weiterentwicklung, als hier erstmals Mitglieder der Regierung Maier anwesend waren: Innenminister Fritz Ulrich stellte seine Tätigkeit vor und legte den Schwerpunkt seiner Ausführungen auf die Schwierigkeit die Heimatvertriebenen, die seit dem Herbst 1945 in Württemberg-Baden eintrafen, unterzubringen. Das Thema wirtschaftlicher Aufbau stand im Mittelpunkt der Ausführungen von Wirtschaftsminister Josef Andre (1879-1950).[75]

Die letzte Landrätetagung in Schnait im Remstal markierte einen Quantensprung auf dem Weg hin zu einem neuen eigenen Landesparlament, nur noch nominell kann man hier von einer Landräteversammlung sprechen.[76] Im Gasthof Ochsen kamen insgesamt 120 Männer zusammen, darunter das gesamte Kabinett von Reinhold Maier, außerdem hatte Heinrich Köhler noch die badischen Landesdirektoren mitgebracht. Schließlich wurden die Landräte Nord-Württembergs und Nord-Badens durch die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte ergänzt. Um ein möglichst breites gesellschaftliches Spektrum abzudecken, waren auch die Vertreter der Hochschulen, der Kirchen, der Landwirtschaft, der Gewerkschaften sowie von Handel und Gewerbe anwesend. Die Besatzungsmacht vertrat Oberst Dawson dieses Mal selbst. Letztendlich stimmte dieser in seiner Eröffnungsrede mit Keil als Versammlungsleiter darin überein, dass man im Grunde bei der Versammlung in Schnait bereits von einem Parlament sprechen könne.[77] Jedoch war dieser Begriff nicht bei allen Teilen der amerikanischen Besatzungsverwaltung beliebt. Hier herrschte die Ansicht, die Deutschen sollten verwalten, ihnen stünde noch nicht das Recht zu, eigene Entscheidungen in parlamentarischen Versammlungen zu treffen.[78] Dawson teilte diese Ansicht nicht. Vielmehr sprach er den in Schnait zusammengekommenen Männern Mut zu, indem er die Versammlung mit einer Zusammenkunft in Annapolis / Maryland im Vorfeld der Verabschiedung der amerikanischen Verfassung von 1789 verglich.[79]

Auch der Verhandlungsstil in Murrhardt entsprach dem in einem Parlament. Mit dem Leiter des Fürsorgereferats im Innenministerium, Albert Buchmann (1894-1975), sowie dem Direktor für Landwirtschaft im Wirtschaftsministerium, Heinrich Stooß (1896-1971), gaben zwei hohe Regierungsbeamte einen Überblick über die Aufnahme und Unterbringung der Heimatvertriebenen[80] sowie über die Ernährungslage in Württemberg-Baden[81]. Hierauf folgte eine allgemeine Aussprache, über die ein gedrucktes Protokoll vorliegt.

Auch in anderer Hinsicht wies die Versammlung in Schnait in die Zukunft: Wilhelm Keil hatte bereits in seiner Eröffnungsansprache betont,



Anbringung der Gedenktafel zur Landrätekonferenz vom Juni 1945 an den historisierenden Neubau der Sonne-Post im Jahr 2016.

v.l.n.r.: Landtagspräsident a.D. Erich Schneider, Gernot Gruber MdL, Wilfried Klenk MdL, Ministerpräsident a.D. Erwin Teufel, Bürgermeister Armin Mößner, Landrat Dr. Richard Sigel

welchen Gewinn die nunmehr vollzogene Vereinigung von Württemberg und Baden, zumindest der nördlichen Teil, darstelle.[82] Bis 1918 sei die Trennung der Länder Baden und Württemberg, die kulturell und wirtschaftlich einen Raum bildeten, durch das Vorhandensein der regierenden Dynastien begründet gewesen. In der Weimarer Zeit waren lange, letztlich ergebnislose Erörterungen über einen Länderzusammenschluss gepflegt worden, deren Scheitern Keil bedauerte. Nunmehr waren endlich Nordwürttemberg und Nordbaden vereint. Für Keil bildete der Zusammenschluss mit der südlichen Landeshälfte unter französischer Oberhoheit die Zielperspektive, die es zu verwirklichen gelte.

Damit eröffnete die Schnaiter Landrätetagung in mehrfacher Hinsicht Perspektiven: Die Zusammensetzung der Tagung bildete die Grundlage für die Einberufung einer Vorläufigen Volksvertretung für Württemberg-Baden im Januar 1946. In dieser dominierten noch immer die Landräte und Oberbürgermeister der kreisfreien Städte, doch neben den bereits genannten Vertretern von Kirchen, Hochschulen und Wirtschaftsleben traten nun jeweils 12 Repräsentanten der seit dem Spätjahr 1945 zugelassenen Parteien CDU, DVP, SPD und KPD.[83] Die Vorläufige Volksvertretung schloss mit der Diskussion aktueller Probleme wie Flüchtlingswesen, Wiederaufbau der Verkehrswege, Wohnraumbeschaffung und Ernährungslage an die Arbeit der Landrätekonferenzen an, darüber hinaus konnte sie Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen abgeben,[84] genauso wie die Vorläufige Volksvertretung von der Regierung als Forum genutzt wurde, um mit Appellen an die Militärregierung bzw. die Besatzungsmächte insgesamt heranzutreten.[85]
Vor allem aber begann die Vorläufige Volksvertretung auf der Grundlage eines von den Amerikanern gestellten Fahrplanes mit der Ausarbeitung einer Verfassung.[86] Die entsprechenden Arbeiten konnten durch die im Juni 1946 gewählte Verfassunggebende Landesversammlung am 24. Oktober 1946 beendet werden, womit Württemberg-Baden als erstes deutsches Nachkriegsland eine neue Verfassung erhielt, deren Bestimmungen für andere Länderverfassungen sowie für das Grundgesetz eine Schrittmacherfunktion einnehmen sollten.[87] So war die Verfassung Württemberg-Badens keineswegs nur ein Organisationsstatut, sondern enthielt bereits einen umfangreichen Grundrechtekatalog (Artikel 1-15). Dieser wurde den Bestimmungen zur Staatsorganisation wie dann auch im Grundgesetz, vorangestellt. Außerdem enthielt die Verfassung Württemberg-Badens bereits wichtige Bestimmungen zur Etablierung einer wehrhaften Demokratie. Erstmals in der deutschen Verfassungsgeschichte wurde in der Verfassung Württ-

Abschrift

Rechtsanwaltbüros
Cramer, Bingham und Globerman
Broadway 43
Norwich, Connecticut

13. Mai 1965

An den
Landkreistag Baden-Württemberg
732 Göppingen
Postfach 809
Deutschland

z.Hd.des Präsidenten

Sehr geehrter Herr!

Ich habe Ihre sehr freundliche Einladung, an der Erinnerungsfeier am 21.6.1965 anlässlich der "Ersten Anfänge der Demokratie" in Murrhardt vor 20 Jahren teilzunehmen, erhalten. Ich habe immer die größtmögliche Befriedigung darüber empfunden, dass ich die Gelegenheit hatte, dieser Tagung beizuwohnen und einen kleinen Teil dazu beizutragen, die Wiederbelebung eines großartigen Landes zu ermutigen. Ich habe gesehen, dass einige der historischen Memoiren Dr. Reinhold Maiers und anderer diesem Treffen diesem Treffen eine lange und anregende Perspektive gegeben haben. Ich bin wirklich erfreut, von dem fortgesetzten Interesse zu wissen, die Erinnerung an diese Gelegenheit und ihre Bedeutung aufrechtzuerhalten.

Ich weiss es sehr zu schätzen, dass Sie mich einladen, in Ihrer Mitte zu weilen und wünsche zutiefst, dies tun zu können. Unglücklicherweise sehe ich jedoch augenblicklich keine Möglichkeit, diese Reise zu unternehmen. Ich bin erst vor kurzem von einer Ferientour in Griechenland zurückgekehrt und ich weiss nicht, wann es mir möglich sein wird, eine erneute Reise nach Europa zu unternehmen.

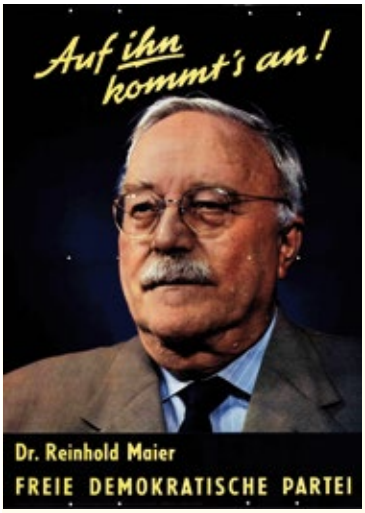
Bitte übermitteln Sie meine Grüsse und besten Wünsche den Teilnehmern an Ihrer Feier und besonders denen, die sich meiner persönlich erinnern. Vor allem möchte ich Sie bitten, meine höflichen Grüsse Herrn Dr. Maier zu übermitteln, für den ich mir nicht nur lebenslange Bewunderung und Respekt erhalten habe, sondern auch ein Gefühl der warmen Freundschaft.

Hochachtungsvoll

gez. Alfred M. Bingham.

Brief von Alfred M. Bingham an den Landkreistag Baden-Württemberg 13. Mai 1965

temberg-Badens auch das konstruktive Misstrauensvotum verankert (Artikel 73), um zukünftig den Sturz von Regierungen durch reine Negativmehrheiten radikaler Parteien entgegenzuwirken. – Innerhalb von knapp eineinhalb Jahren war der in Murrhardt angestoßene Prozess zu einem ersten Abschluss gelangt: Das Land Württemberg-Baden hatte nun auf allen Ebenen staatlichen Lebens eine verfassungsmäßige Ordnung erhalten. Auch wies die Verfassung Württemberg-Badens ganz entsprechend den Ausführungen Keils in Schnait in die Zukunft. Für eine Verfassungsänderung und damit auch für eine neuerliche Trennung Nordwürttembergs und Nordbadens hätte es bei einer Abstimmung im Landtag einer Zweidrittelmehrheit bedurft. Dagegen konnte bereits mit einfacher Mehrheit die Grundlage für einen Zusammenschluss mit den beiden Ländern der französischen Besatzungszone Baden und Württemberg-Hohenzollern geschaffen werden.



Wahlplakat von Reinhold Maier, erster Ministerpräsident von Baden Württemberg

ÜBER DEN AUTOR

Dr. Michael Kitzing,
geb. 1980 in Singen am Hohentwiel;

2000-2005 Studium der Fächer Neuere- und Neueste Geschichte an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt; 2008 Promotion als Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung mit einer Studie zur Badischen Zentrumspartei in der Weimarer Republik.
2009 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neuere- und Neueste Geschichte der KU Eichstätt-Ingolstadt; anschließend freischaffender Historiker; 2010-2013 Lehraufträge an den Universitäten Stuttgart (Landesgeschichte) und Konstanz (Zeitgeschichte).
Zahlreiche Veröffentlichungen zur südwestdeutschen Landes- bzw. Verfassungsgeschichte, u.a. in den Badischen- und Baden-Württembergischen Biographien, in der Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte, der Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins; zudem im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg Bearbeiter der Regierungsprotokolle Württemberg-Baden 1945/1946 (erschienen 2018)

ANMERKUNGSVERZEICHNIS

1. Eduard Hirsch: Meine Tätigkeit beim Landratsamt in Schwäbisch Hall, in: Landkreisnachrichten aus Baden-Württemberg 24 (1985), Heft 2, S. 51f., hier: S. 51. – Zum Folgenden ebd.; die Erinnerungen von Eduard Hirsch liegen auch als Tondokument vor vgl. Hauptstaatsarchiv Stuttgart R 5/004 D851011/107.
2. Ebd., S. 52.
3. Ebd.
4. Reinhold Maier: Heraus aus der Vereinzelung der Kreise – Die Landrätetagung von Murrhardt, in: Landkreisnachrichten aus Baden-Württemberg 24 (1985), Heft 2, S. 52-57, hier: S. 52; vgl. auch Hauptstaatsarchiv Stuttgart Q 1/8 Bü 27; Ulrich Müller: Die Zeit Reinhold Maiers in Ostwürttemberg, in: Einhorn-Jahrbuch Schwäbisch Gmünd 33 (2006), S. 133-144; zu Ludwigsburg vgl. Wilhelm Keil: Aus dem Chaos zur neuen Ordnung, in: Bürger im Staat 11 (1956); Hugo Gengenbach: Erinnerungen an die Jahre 1934 -1959. Ludwigsburg 1983, S. 11-15; zudem hat noch eine Reihe weiterer Landräte oder Oberbürgermeister kreisfreier Städte gedruckte Rechenschaftsberichte über ihre Tätigkeit in den ersten Nachkriegsjahren hinterlassen vgl. bspw. Robert Scholl: Zusammenbruch und Wiedergeburt einer Stadt: Bericht über den Wiederaufbau in Ulm. Ulm 1948; Fritz Landenberger: Das erste Jahr, Rückblick und Ausblick. Esslingen 1946; ders.: Das zweite Jahr. Rechenschaftsbericht. Esslingen 1947 (jeweils zu Esslingen).
5. Vgl. Sebastian Riess: Einfach das tun, was richtig ist. Landrat Konrad Burkhardt wäre heute 100 Jahre alt geworden, in: Rems-Zeitung vom 11.11.1994; Bernhard Hildebrand: Konrad Burkhardt, in: Wolfram Angerbauer (Red.): Die Amtsvorsteher der Oberämter, Bezirksämter und Landratsämter in Baden-Württemberg 1810 bis 1972. Stuttgart 1996, S. 204. – Auch von Burkhardt liegen Erinnerungen zu seiner Tätigkeit in den ersten Nachkriegstagen vor vgl. Konrad Burkhardt: Aufzeichnungen aus der Stunde Null. 19. April – 11. Juli 1945. Bearbeitet von Sebastian Riess. Berlin 1995, hinterlegt im Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd.
6. Thomas Schulz: Hellmuth Jäger, in: Angerbauer: Amtsvorsteher (wie Anm. 5), S. 332.
7. Zur folgend beschriebenen Situation der ersten Nachkriegswochen vgl. Paul Sauer: Das Land Württemberg-Baden, in: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte. Band 4: Die Länder seit 1918. Stuttgart 2003, 343-439, hier: S. 346-351.
8. Reinhold Maier: Von der Landrätekonferenz zum Vorparlament, in: Landkreisnachrichten aus Baden-Württemberg 4 (1965), Heft 3, S. 28-30, hier: S. 28.
9. Zu Albert Rienhardt vgl. unten S. 12-13.
10. Umfangreiches Material zu Erinnern und Gedenken an die Murrhardter Landrätekonferenz – und damit auch zur Konferenz selbst – findet sich im Nachlass Reinhold Meiers vgl. Hauptstaatsarchiv Stuttgart Q 1/ 8 Bü 31, Feiern zur 5-, 10- und 25jährigen Wiederkehr der Murrhardter Landrätekonferenz; zur Murrhardt Konferenz vgl. außerdem Maier: Heraus aus der Vereinzelung (wie Anm. 4), S. 52 f. sowie 56 (Teilnehmerliste); Maier: Von der Landrätekonferenz (wie Anm. 8); Jürgen Mittag: Wilhelm Keil (1870-1968): sozialdemokratischer Parlamentarier zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Eine politische Biographie. Düsseldorf 2001, S. 473; Paul Sauer: Demokratischer Neubeginn in Not und Elend: das Land Württemberg-Baden von 1945-1952. Ulm 1978, S. 30f.
11. Sauer: Das Land Württemberg-Baden (wie Anm. 7), S. 346.
12. Zur Wertschätzung Dawsons durch Maier u. Theodor Heuss vgl. Maier: Von der Landrätekonferenz (wie Anm. 8), S. 29f.
13. Maier: Von der Landerätekonferenz (wie Anm. 8), S. 29.
14. Vgl. Maier: Heraus aus der Vereinzelung (wie Anm. 4), S. 52f. (hier auch zur Charakterisierung Binghams); Maier: Von der Landrätekonferenz (wie Anm. 8), S. 28.
15. Vgl. Maier: Heraus aus der Vereinzelung (wie Anm. 4), S. 53; Maier: Von der Landrätekonferenz (wie Anm. 8), S. 29.
16. Josef Weik: Der Landtag von Baden-Württemberg und seine Abgeordnete von 1952 bis 1988. 4. Aufl. Stuttgart 1988, S. 17.
17. Vgl. Ebd.
18. Ebd. - Zur Haltung im Umgang mit NS-belasteten Beamten in den ersten Nachkriegswochen vgl. auch die Unterlagen im Nachlass Reinhold Maiers Hauptsstaatsarchiv Stuttgart Q1/ 8 Bü. 28.
19. Maier: Heraus aus der Vereinzelung (wie Anm. 4), S. 53; auch Maier: Von der Landrätekonferenz (wie Anm. 8), S. 29; vgl. zudem Wilhelm Keil: Erlebnisse eines Sozialdemokraten. Bd. 2. Stuttgart 1948, S. 676.
20. Vgl. Reinhold Maier: Ende und Wende. Das schwäbische Schicksal 1944-1946. Briefe und Tagebuchaufzeichnung. Stuttgart 1948, S. 300 f.; Maier: Von der Landrätekonferenz (wie Anm. 8), S. 29.
21. Maier: Von der Landrätekonferenz (wie Anm. 8), S. 29.
22. Vgl. Maier: Von der Landrätekonferenz (wie Anm. 8), S. 30.
23. Vgl. Verhandlungen des Ersten Württemberg-Badischen Landtags, S. 4899; Landkreisnachrichten aus Baden-Württemberg 4 (1965), Heft 3, S. 25; auch Weik: Der Landtag (wie Anm. 16), S. 21.
24. Zum Folgenden Grüße des Landtags von Baden-Württemberg. Walter Krause, Erster stellvertretender Präsident von Baden-Württemberg, in: Landkreisnachrichten aus Baden-Württemberg 14 (1975), Heft 3, S. 71-74, hier: S. 72; Weik: Der Landtag (wie Anm. 16), S. 21.
25. Mittag: Keil (wie Anm. 10); Klaus-Jürgen Matz: Reinhold Maier (1889-1971). Eine politische Biographie. Düsseldorf 1989; Paul Sauer: In stürmischer Zeit. Lebensbild des Menschen und Politikers Reinhold Maier (1889-1971). Stuttgart 1989; Reinhold Maier: 1889-1971; Ausstellung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart

zum 100. Geburtstag des 1. Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg im Rathaus Schorndorf 16.10.-10.12.1989. Bearb.: Wilfried Braunn. Stuttgart 1989.

26. https://www.schorndorf.de/de/stadt-buerger/die-daimlerstadt/stadtportrait/ehrenbuerger/walter-arnold; Rolf Rommel: Ehrenbürger Walter Arnold zum 10. Todestag, in: Heimatblätter. Jahrbuch für Schorndorf und Umgebung 1 (1983), S. 139-140.
27. Maier: Heraus aus der Vereinzelung (wie Anm. 4), S. 53; Maier: Von der Landrätekonferenz (wie Anm. 8), S. 29.
28. Zu Wittwer vgl. Hauptstaatsarchiv Stuttgart J 191 Zeitungsausschnittsammlung zur Personengeschichte, Konrad Wittwer; sowie die Wiedergutmachungsakte Wittwers im Staatsarchiv Ludwigsburg EL 350 I Bü 49289.
29. Zu Bühler und dessen Einsatz für die Männer des 20. Juli 1944 wie auch für Konrad Wittwer vgl. Gerhard Taddey: Zwischen Widerstand und Gestapo: Dr. Hugo Bühler, Abwehrbeauftragter der Firma Bosch in Stuttgart, in: ZWLG 70 (2011), S. 455-488.
30. Zur Entlassung bzw. Arretierung entsprechend vorbelasteter Beamter vgl. exemplarisch Gengenbach: Erinnerungen (wie Anm. 4), S. 12-14.
31. Maier: Von der Landrätekonferenz (wie Anm. 8), S. 29.
32. Zur Bedeutung Beutingers als Architekt vgl. Otto Schulze-Kolbitz: Architekt Emil Beutinger – Darmstadt und Heilbronn. In: Deutsche Kunst und Dekoration, 14. Halbband (April bis September 1904), S. 462–467. Zur Politik Beutingers in Heilbronner während seiner ersten Amtszeit vgl. Michael Kitzing: Beutinger, Emil, Architekt, Oberbürgermeister, in: Baden-Württembergische Biographien, Band 6 (2016), S. 29, 33-36, hier: S. 34f. (mit weiteren Literaturangaben).
33. Zur Verfolgungsgeschichte Beutingers Kitzing: Beutinger (wie Anm. 32), S. 35; https://www.landtag-bw.de/contents/gedenkbuch/abgeordnete/VA_Beutinger%2C%20Prof.%2C%20Emil~37.html.
34. Zu Beutinger als OB 1945/1946 vgl. Kitzing: Beutinger (wie Anm. 32), S. 35.
35. Zu Rienhardt vgl. Walter Wannenwetsch: Albert Rienhardt, in: Angerbauer: Amtsvorsteher (wie Anm. 5), S. 464f.; Helmut Bomm/ Gerhard Fritz u.a. (Hrsg.): Backnanger Stadtchronik. Backnang 1991, S. 195; Rolf Königstein: Alfred Dirr. NSDAP-Kreisleiter in Backnang. Ein Nationalsozialist und die bürgerliche Gesellschaft. Backnang 1999.
36. Zum politischen Klima in Backnang bis 1933 vgl. Königstein: Alfred Dir (wie Anm. 35), S. 49-86, 106-111.
37. Zu Klumpp vgl. Michael Ruck: Albert Heinrich Klumpp, in: Angerbauer: Amtsvorsteher (wie Anm. 5), S. 352f.; zum Konflikt Klumpp-Rienhardt vgl. Königstein: Alfred Dir (wie Anm. 35), S. 50-54.
38. Albert Rienhardt: Ortsvorsteher und Gemeinderat in Württemberg, ihr Recht und ihre Arbeit nach der Gemeindeordnung vom 19. Märt 1930. Backnang 1932.
39. Vgl. Königstein: Alfred Dir (wie Anm. 35), S. 56 und 49.
40. Vgl. Ebd., S. 54.
41. Vgl. u.a. ebd., S. 57-60, 73-77.
42. Ebd., S. 113f.
43. Ebd., S. 114-116; Übersicht über die neun Beschlüsse des Gemeinderats vgl. https://www.nationalsozialismus-in-backnang.de/dossier/nsdap-herrschaft/politik#3 (eingesehen am 23.3.2020).
44. Vgl. Gérard Heinz: Backnang von 1933 bis 1939.- Untersuchungen zu den Friedensjahren des Dritten Reichs in einer württembergischen Industriestadt, in: Backnanger Jahrbuch 3 (1995), 119-195, hier: S. 172; Königstein: Alfred Dir (wie Anm. 35), S. 116-118, 133-136.
45. Zum Verhältnis zwischen Bürgermeister und NSDAP-Kreisleiter und damit verbunden der Motivation der örtlichen Nationalsozialisten Rienhardt im Amt zu belassen vgl. Königstein: Alfred Dir (wie Anm. 35), S. 209 f.
46. Vgl. Albert Reinhardt: Bürgermeister, Beigeordnete, Beauftragter der NSDAP, Gemeinderäte und Beiräte. Ihr Recht und ihre Arbeit nach der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935. Berlin 1935.
47. Königstein: Alfred Dir (wie Anm. 35), S. 136.
48. Ebd., S. 137.
49. Zitiert nach ebd., S. 138.
50. Ebd., S. 253f.
51. Vgl. Die Stellungnahme der antinazistischen Bevölkerung Backnangs zur Frage Landrat-Bürgermeister in der Schülerarbeit der Klasse 11 b des Max-Born-Gymnasiums: Der demokratische Neubeginn 1945/1946 in Backnang unter Berücksichtigung der Initiativen aus Stuttgart. Beitrag im Rahmen des Bundeswettbewerbs zur deutschen Geschichte. Leitung Rolf Königstein. Backnang 1976, S. 48-50 – die Studie ist im Stadtarchiv Backnang hinterlegt; vgl. auch https://www.nationalsozialismus-in-backnang.de/dossier/nachkriegszeit/veraenderung-politische-kultur#f-18; Dieter Petschuch: Die Jahre des politischen Wiederbeginns in Backnang 1945 und 1946, in: Backnanger Jahrbuch 4 (1996), S. 88-154, hier: S. 107f. – Zum Spruchkammerverfahren Rienhardts vgl. Staatsarchiv Ludwigsburg EL 902/3 Bü 732.
52. Albert Rienhardt: Bürgermeister und Gemeinderat in Nord-Württemberg. Stuttgart 1949; vgl. Königstein: Alfred Dirr (wie Anm. 35), S. 134 mit Anm. 326.
53. Zur Würdigung Rienhardts durch die Stadt Backnang vgl. Christian Ludwig Brücker: Die Ehrenbürger der Stadt Backnang: Kurzbericht über ihr Leben und Werk. Backnang 1978, S. 11 (Begründung für die Ernennung Rienhardts zum Ehrenbürger).
54. Michael Ruck: Max Freiherr von Lütgendorff-Leinburg, in: Angerbauer: Amtsvorsteher (wie Anm. 5), S. 389.
55. Maier: Heraus aus der Vereinzelung (wie Anm. 4), S. 54.
56. Ebd., S. 54 f.
57. Zur Bildung der Regierung Maier vgl. Michael Kitzing (Bearb.): Die Protokolle der Regierung von Württemberg-Baden. Erster Band: Das erste Kabinett Maier 1945-1946. Stuttgart 2018, S. XIf.; Sauer: Demokratischer Neubeginn (wie Anm. 10), S. 46 ff.
58. Zur Tätigkeit der von den Franzosen in Stuttgart eingesetzten Verwaltung vgl. Sauer: Demokratischer Neubeginn (wie Anm. 10), S. 35-41; Frank Raberg, „Wir konnten uns nur die Finger verbrennen." Die Stuttgarter Landesverwaltung als Keimzelle der ersten Landesregierungen, in: Beiträge zur Landeskunde. Regelmäßige Beilage zum Staatsanzeiger für Baden-Württemberg Nr. 5/1992, S. 12-15.
59. Zur personellen Zusammensetzung des Kabinetts Maier und zu den Biographien der Minister vgl. Kitzing: Regierungsprotokolle (wie Anm. 57), S. XLVII-LX.
60. Vgl. Stuttgarter Zeitung 29.9.1945
61. Zur Errichtung und Tätigkeit der von den Amerikanern in Mannheim und Karlsruhe eingesetzten Verwaltungen vgl. ausführlich Günther Haselier: Die Bildung des Landes Württemberg-Baden 1945/1946, in: Oberrheinische Studien. Band II. Neue Forschungen zu Grundproblemen der badischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Karlsruhe 1973, S. 243-284, hier: S. 243-261.
62. Vgl. Maier: Ein Grundstein wird gelegt: die Jahre 1945-1947. Tübingen 1964, S. 134; Heinrich Köhler: Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878-1949. Unter Mitwirkung von Franz Zilken herausgegeben von Josef Becker mit einem Geleitwort von Max Miller. Stuttgart 1964, S. 352.
63. Zur Stellung des (nord)badischen Landesteils vgl. Statut der Landesverwaltung Württemberg-Baden. Vom 20.12.1945, in: Amtsblatt der Landesverwaltung Baden 1/2.1.1946, S. 3.
64. Zu den Beiräten vgl. exemplarisch Gengenbach: Erinnerungen (wie Anm. 4), S. 16f.

65. Zur Beratung der Gemeindeordnung im Kabinett am 9. Oktober 1945 vgl. Kitzing: Protokolle (wie Anm. 57), Nr. 4, S. 21-24.
66. Gesetz Nr. 30 über die Anwendung der deutschen Gemeindeordnung. Vom 20.12.1945, in: Regierungsblatt der Regierung Württemberg-Baden 2/14.1.1946, S. 5-11; vgl. auch Sauer: Demokratischer Neubeginn (wie Anm. 10), S. 105 f.
67. Gesetz Nr. 33 Kreisordnung. Vom 7.3.1946 (beschlossen am 24. Januar/ 7. März 1946), in: Regierungsblatt (wie Anm. 66) 6/ 21.3.1946, S. 45-51.
68. Zu den Kommunalwahlen vgl. Wie wählte Württemberg-Baden 1946? Ergebnisse der Wahlen 1946 herausgegeben von den Statistischen Landesämtern Stuttgart und Karlsruhe. Karlsruhe 1947.
69. Protokoll der Landrätekonferenz von Schwäbisch Gmünd in: Hauptstaatsarchiv Stuttgart Q 1/4 Bü 6 und Q 1/8 Bü 30; Maier: Heraus aus der Vereinzelung (wie Anm. 4), S. 55; ders.: Von der Landrätekonferenz (wie Anm. 8), S. 30; Weik: Der Landtag (wie Anm. 16), S. 22. – Zu den Folgekonferenzen in Schwäbisch Gmünd, Ludwigsburg, Bad Boll und Schnait i. R. vgl. grundsätzlich auch die Erinnerungen von Eugen Frick an die auf Murrhardt folgenden Konferenzen, in: Hauptsstaatsarchiv Stuttgart R 5/004 D851011/107; Sauer: Demokratischer Neubeginn (wie Anm. 10), S. 31-35.
70. Weik: Der Landtag (wie Anm. 16), S. 22.
71. Maier: Heraus aus der Vereinzelung (wie Anm. 4), S. 55; ders.: Von der Landrätekonferenz (wie Anm. 8), S. 30.
72. Protokoll der Landrätekonferenz von Ludwigsburg in: HStA Stuttgart Q 1/4 Bü 6 und Q 1/8 Bü 30; Weik: Der Landtag (wie Anm. 16), S. 22.
73. Maier: Heraus aus der Vereinzelung (wie Anm. 4), S. 55; Maier: Von der Landrätekonferenz (wie Anm. 8), S. 30.
74. Maier: Heraus aus der Vereinzelung (wie Anm. 4), S. 55; Mittag: Keil (wie Anm. 10), S. 474.
75. Vgl. Weik: Landtag (wie Anm. 16), S. 25.
76. Zur Landrätekonferenz in Schnait vgl. Protokoll über die Fünfte Landrätetagung. Abgehalten am 21. November 1945 in Schnait, Kreis Waiblingen. Ludwigsburg 1945; Weik: Landtag (wie Anm. 16), S. 26; Sauer: Demokratischer Neubeginn (wie Anm. 10), S. 110; Mittag: Keil (wie Anm. 10), S. 474.
77. Protokoll Fünfte Landräteversammlung (wie Anm. 76), S. 3.
78. Der Begriff „Vorparlament" für die Schnaiter Versammlung und die an diese anschließende Vorläufige Volksvertretung hatte sich in der Presse Württemberg-Badens bereits eingebürgert, vgl. Stuttgarter Zeitung vom 1.12.1945 Artikel „Wie soll das kommende Vorparlament aussehen?"; zu den Vorbehalten von Teilen der amerikanischen Militärregierung gegen den Begriff „Vorparlament" vgl. Maier: Grundstein (wie Anm. 62), S. 204.
79. Protokoll Fünfte Landräteversammlung (wie Anm. 76), S. 3.
80. Protokoll Fünfte Landräteversammlung (wie Anm. 76), S. 10-15; anschließende Aussprache, S. 15-31.
81. Ebd., S. 31-37; anschließende Aussprache, S. 37-46; vgl. auch Frank Raberg: Heinrich Stooß (1896-1971). Ein Ulmer Politiker zwischen Landtag und Landwirtschaft, in: Ulm und Oberschwaben 51 (2000), S. 248-348, hier: 300-303.
82. Vgl. Protokoll Fünfte Landräteversammlung (wie Anm. 76), S. 5-7; Überblick über die von Keil genannten, letztlich ergebnislosen Bemühungen um eine Vereinigung von Baden und Württemberg in der Weimarer Zeit bei Michael Kitzing: Novemberrevolution 1918 und frühe Pläne einer Vereinigung Badens mit Württemberg, in: Heinrich Hauß/ Paul-Ludwig Weinacht (Hrsg.): Wegmarken badischer Geschichte. Vorträge anlässlich der Landesausstellung „Baden! 900 Jahre" im Badischen Landesmuseum. Freiburg i. Br./ Berlin/ Wien, S. 150-174, hier: S. 162-171, 173-174.
83. Zur genauen Zusammensetzung der Vorläufigen Volksversammlung vgl. Gesetz Nr. 15 über die Vorläufige Volksvertretung für Württemberg-Baden. Vom 10.1. 1946, in: Regierungsblatt (wie Anm. 66) 3/ 15.1.1946, S. 29-30.
84. Allgemein zur Arbeit der Vorläufigen Volksvertretung vgl. Weik, Landtag (wie Anm. 16), S. 27-29; Sauer: Demokratischer Neubeginn (wie Anm. 10), S. 111-116. Beispiele für einzelne Debatten Verhandlungen der Vorläufigen Volksvertretung für Württemberg-Baden, III. Sitzung vom 27. Februar 1946, S. 4 ff. (zum Aufbau des Verkehrswesens); Verhandlungen der Vorläufigen Volksvertretung für Württemberg-Baden, VII. Sitzung vom 8. Mai 1946, S. 2 ff. (Ausführungen Arbeitsminister Kohl zum gegenwärtigen Stand der Sozialversicherung mit anschließender Aussprache); Verhandlungen der Vorläufigen Volksvertretung für Württemberg-Baden, IX. Sitzung vom 5. Juni 1946, S. 2-20 (Vortrag Wirtschaftsminister Köhlers mit anschließender Aussprache über die Ernährungslage); ebd., S. 20-31 (Vortrag Finanzminister Cahn-Garnier: Die Auswirkungen der neuen Steuergesetze mit anschließender Aussprache).
85. Vgl. Verhandlungen der Vorläufigen Volksvertretung für Württemberg-Baden, V. Sitzung vom 27. März 1946, S. 3-8 (Rede Reinhold Maiers, Das Problem der wirtschaftlichen Einheit Deutschland).
86. Zum „Fahrplan" der Amerikaner vgl. Maier, Grundstein (wie Anm. 62), S. 244-247; 255-257.
87. Gesetz Nr. 1 Verfassung für Württemberg-Baden, in: Regierungsblatt (wie Anm. 66) 25/30.11.1946, S. 277-290.

BILDNACHWEIS

Titelseite	Quelle: Landkreistag Baden-Württemberg
Seite 4 oben	Quelle: Landkreistag Baden-Württemberg
Seite 4 unten	Quelle: Christian Schweizer, Carl-Schweizer-Museum, Murrhardt
Seite 6	Quelle: Stadt Murrhardt - Stadtarchiv
Seite 7	Quelle: Christian Schweizer, Carl-Schweizer-Museum, Murrhardt
Seite 8 oben	Quelle: Christian Schweizer, Carl-Schweizer-Museum, Murrhardt
Seite 8 unten	Quelle: Christian Schweizer, Carl-Schweizer-Museum, Murrhardt
Seite 9	Quelle: Landesarchiv Baden-Württemberg
Seite 10	Quelle Wilhelm Keil: LEO-BW, Landeskunde entdecken online, Quelle Reinhold Maier: Landtag Baden-Württemberg,
Seite 12	Quelle: Fotosammlung Stadtarchiv Heilbronn, Aufnahme: Chr. Brandt
Seite 13	Quelle: Christian Schweizer, Carl-Schweizer-Museum, Murrhardt
Seite 15	Quelle: Landratsamt Ostalbkreis – Kreisarchiv
Seite 16	Quelle: Kurt Eble, aus dem Buch „Schwaikheim. Geschichte und Gegenwart". Verlag Regionalkultur, Heidelberg 2010, Seite 210.
Seite 17	Quelle: Christian Schweizer, Carl-Schweizer-Museum, Murrhardt
Seite 18	Quelle: Landesarchiv Baden-Württemberg
Seite 20	Quelle: Stadtverwaltung Murrhardt
Seite 21	Archiv des Liberalismus, Gummersbach P 1-124
Seite 22	Quelle: Landesarchiv Baden-Württemberg
Innenseite	Quelle: SICK AG, Landkreistag Baden-Württemberg
Rückseite	Quelle: Christian Schweizer, Carl-Schweizer-Museum, Murrhardt

DER LANDKREISTAG BADEN-WÜRTTEMBERG

vertritt die 35 baden-württembergischen Landkreise. Als Kommunaler Landesverband hat er die Aufgabe, die Interessen seiner Mitglieder zu bündeln und die Anliegen der Landkreise gegenüber der Landesregierung, dem Landtag sowie anderen Institutionen und Verbänden zu vertreten. Weitere Kernaufgaben sind die Information und Beratung der Landkreise in grundsätzlichen, organisatorischen und fachlichen Fragen wie auch die Förderung der Vernetzung untereinander.

Um die Selbstverwaltung der Landkreise zu erhalten und zu stärken, sind sowohl in der Landesverfassung als auch in verschiedenen Landesgesetzen Mitwirkungsrechte des Landkreistags verankert.

Präsident des Landkreistags ist der Tübinger Landrat Joachim Walter, als Hauptgeschäftsführer leitet Prof. Dr. Alexis v. Komorowski die Stuttgarter Geschäftsstelle.



Landkreistag
BADEN-WÜRTTEMBERG

Landkreistag Baden-Württemberg
Panoramastraße 37
70174 Stuttgart
www.landkreistag.bw.de



